

Präsidium des OKV tagte

Von Dr. Wolfgang Stuchly

Die Vertreter der Mitgliedsverbände des Ostdeutschen Kuratoriums (OKV) trafen sich am 16. März 2006 zu einer Arbeitsberatung, in deren Verlauf u.a. die Arbeitsschwerpunkte des OKV für 2006 präzisiert wurden. Aus der Sicht von ISOR e.V. sind dabei vor allem folgende Probleme und Themen bedeutungsvoll:

- Aktuelle Einschätzung zum Kampf der unmittelbar betroffenen Verbände gegen Rentenstraftrecht und Versorgungsgerechtigkeiten (April 2006);
- Gründung eines alternativen Wirtschaftsforums beim OKV unter Einbeziehung bereits vorhandener Strukturen und kompetenter Wissenschaftler (August 2006);
- Auseinandersetzung mit der These vom »Unrechtsstaat DDR« und den Aktivitäten zur Delegitimierung, Verleumdung und Diskriminierung der DDR sowie der Kriminalisierung des MfS und seiner Mitarbeiter;
- Einschätzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung der BRD nach einem Jahr großer Koalition für die Festlegung der weiteren Strategie des OKV und seiner Mitgliedsverbände (November 2006).

Es bestand bei allen anwesenden Verbandsvertretern Übereinstimmung darüber, dass bei den Landtagswahlen, insbesondere in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin vor allem die Parteien und Direktkandidaten zu unterstützen sind, die sich nachhaltig und eindeutig gegen massiven Sozialabbau sowie die Ungleichbehandlung ehemaliger DDR-Bürger einsetzen. In diesem Zusammenhang sprach sich das OKV-Präsidium für die Unterstützung bereits existierender und die Schaffung neuer

regionaler »Bündnisse für soziale Gerechtigkeit« aus und würdigte deren bisherige Aktivitäten. In der Diskussion ging es vor allem um folgende Fragen:

- Verabschiedung einer Stellungnahme des Berliner Alternativen Geschichtsforums zum Volksentscheid in Sachsen und Hessen zur Überführung von Eigentum der Nazi- und Kriegsverbrecher in Volkseigentum vor 60 Jahren. Ähnliche Erklärungen sind vorgesehen aus Anlass des 60. Jahrestages des Nürnberger Prozesses, des Vereinigungsparteitages von SPD und KPD u. a. mit Schlussfolgerungen für die Arbeit des OKV.
- Einladung des Arbeitskreises Frieden der GBM beim Europäischen Friedensforum (epf) an die OKV-Mitgliedsverbände zu einem internationalen Kolloquium zum Thema: »Globale Kriege, Sozialraub, Repression - Ein neuer Faschismus?« für den 1. und 2. Juni 2006 nach Berlin.
- Einschätzung der Wirkung und Reaktion des Protestes zahlreicher gesellschaftlicher Kräfte in Deutschland auf die sogenannte Dienstleistungsrichtlinie und die Antikommunismuserklärung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE).
- Der Vorsitzende der GRH, Hans Bauer, informierte über die Fertigstellung einer Dokumentation über die Durchsetzung der westdeutschen politischen Strafjustiz gegenüber ehemaligen DDR-Verantwortungsträgern. Die als Video und DVD gefertigten Aufzeichnungen (Dauer ca. eine Stunde) können für TIG-Veranstaltungen über die ISOR-Geschäftsstelle oder die Landesbeauftrag-

ten erworben bzw. ausgeliehen werden. Sie sind in besonderem Maße geeignet, unsere Argumentationsfähigkeit zu erhöhen.

Horst Parton als Vorsitzender der ISOR e.V., einem der mitgliederstärksten Vereine im OKV, wurde auf Vorschlag von OKV-Präsident Prof. Dr. sc. Siegfried Mechler einstimmig als Vizepräsident des OKV kooptiert. Er dankte für das Vertrauen, sicherte wie bisher aktive Mitarbeit und Hilfe der ISOR e.V., insbesondere zum weiteren Ausbau der Kommunikation des OKV, zu. Das OKV-Präsidium dankte Dr. Gerhard Dylla für seine langjährige verdienstvolle Mitwirkung.

Die Veranstaltung wurde mit der festen Überzeugung beendet, noch weitere Kräfte für den Kampf um Frieden, soziale Gerechtigkeit sowie gegen Faschismus und Gewalt mobilisieren zu können.

Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand beriet auf seiner Sitzung am 29. März u.a. über die Vorbereitungen zum 15. Jahrestag der ISOR e.V. am 6. Juni.

Der Vorstand empfiehlt den TIG, aus diesem Anlass feierliche Veranstaltungen durchzuführen. Dazu erhalten die TIG entsprechende Orientierungen.



Prof. Dr. Wolfgang Edelmann informierte, dass die initiierte Unterschriftensammlung zur Beantragung der Herausgabe von Informationen, gerichtet an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, außerordentliche Resonanz bei der Mitgliedschaft gefunden hat. Inzwischen ist der Sammelantrag, dem über 22.000 Unterschriften zugrunde liegen, an das Bundesministerium abgesandt worden. Der Vorstand dankt allen Mitgliedern für die Unterstützung dieser Aktion.



Vorbereitung von Treffen mit Verantwortungsträgern der NVA, der VP/Mdl und der Zollverwaltung, die noch in diesem Jahr stattfinden sollen.



Horst Parton teilte dem Vorstand mit, dass der bisherige Vorsitzende Ehemalige im DBwV Ost, Herbert Becker, aus gesundheitlichen Gründen von seiner Funktion zurückgetreten ist. Der Vorstand würdigte sein Engagement für Rentengerechtigkeit, die gute Zusammenarbeit und wünscht ihm weiterhin alles Gute.



Information über eine Podiumsdiskussion zur »Gedenkstätte« Berlin-Hohenschönhausen und die danach initiierte Medienkampagne. Zu diesem Thema veröffentlichte die GRH eine Erklärung, die wir auf Seite 2 im Wortlaut abdrucken.



**Vorstand und Redaktion
grüßen alle Mitglieder und
Sympathisanten anlässlich
des 1. Mai**

Erklärung des Vorstandes der GRH zur Debatte um die »Gedenkstätte« Berlin-Hohenschönhausen

Nach der turbulenten Podiumsdiskussion zur »Gedenkstätte« wird von Politikern und in Medien aufgeregt beklagt, daß nach 16 Jahren Einheit »Stasi-Funktionäre« wieder öffentlich und in Briefen massiv konträre Meinungen äußern, in Gruppen auftreten, die offiziellen Geschichtsdarstellungen angreifen und sich mit ihren Positionen an Ministerien und Schulen wenden. In diesem Zusammenhang wird auch die GRH genannt, in der sich diese Leute organisiert hätten. Hierzu ist festzustellen:

1. Die GRH ist ein seit 1993 bestehender Verein der BRD, der in solidarischer Weise den im Zusammenhang mit der Einheit nach 1990 verfolgten Bürgern rechtliche und humanitäre Unterstützung gewährt und sich mit den Ursachen dieser Verfolgungen, der gezielten und systematischen Delegitimierung der DDR, kritisch auseinandersetzt.

2. Mitglied der GRH kann jeder werden, der diese Ziele unterstützt. Mitglieder sind u.a. Juristen, Politiker, Militärs, MfS-Mitarbeiter, Wissenschaftler. Die GRH gehört dem Kuratorium Ostdeutscher Verbände an, ist also selbständiges Mitglied eines Netzwerkes, das sich u.a. mit den Begleiterscheinungen und Folgen der Einheit Deutschlands befasst.

3. Die Arbeit der GRH erfolgt in Wahrnehmung der Rechte und Pflichten aus dem GG. Selbstverständlich ist die Öffentlichkeitsarbeit mit der Darstellung unserer Positionen eine wesentliche Säule des Wirkens. Wenn diese Positionen mit den herrschenden Auffassungen nicht übereinstimmen, so ist das weder Verunglimpfung noch Beleidigung; es ist die Ausübung des Rechts auf Meinungsfreiheit.

4. Politiker und Medien, die sich über »unverschämte« Briefe und »massive« Teilnahme Andersdenkender an Veranstaltungen empören, Opponenten Zeugeneigenschaften absprechen, öffentliche Beschimpfungen vornehmen, solche Gruppen künftig mundtot machen wollen und kraft ihrer politischen und medialen Macht den Eindruck vermitteln, es handele sich um gesetzwidrige Aktivitäten, sollten sich schnellstens wieder auf den Boden des GG begeben. Das gilt nämlich für alle.

5. Die GRH erklärt zum wiederholten Male ihre Bereitschaft zur fairen, kritischen, ehrlichen und sachlichen Diskussion über die Geschichte und Verantwortung beider deutscher Staaten während des Kalten Krieges und über Wege zur wirklichen Einheit. Sie wird aber auch künftig ihre Positionen gegen Ausgrenzung, Diffamierung und Abstrafung sowie gegen Geschichtsfälschung offensiv vertreten.

Hans Bauer Vorsitzender der GRH

Frühjahrstreffen der Grenzer

Von Dr. Wolfgang Stuchly

Die Arbeitsgruppe »Ehemalige Angehörige der Grenztruppen« (AGT) bei der GRH hatte für den 18. März 2006 zum traditionellen Frühjahrstreffen nach Berlin eingeladen. Über 300 »Ehemalige«, darunter viele ISOR-Mitglieder und Gäste, waren der Einladung gefolgt. Die AGT hatte Rechtsanwalt, Strafverteidiger und Buchautor Dr. Friedrich Wolff als Gastredner gewonnen (siehe auch »ISOR aktuell« 11/2005 / Interview mit ihm). Dr. Wolff sprach über die politische Strafverfolgung der BRD-Justiz gegenüber ehemaligen DDR-Bürgern, speziell gegenüber ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen und des MfS der DDR.

Die eindrucksvollen und faktenreichen Ausführungen von Dr. Wolff wurden mit viel Beifall bedacht.

In der anschließenden Aussprache würdigte Generaloberst a. D. Fritz Streletz die beispielhafte Rolle der Angehörigen der Grenztruppen der DDR für die Erhaltung des Friedens und bei der Sicherung der DDR, auch während der denkwürdigen Tage im November 1989. Anerkennend äußerte sich Fritz Streletz zur Verteidigung der Rechte zahlreicher Angehöriger der Grenztruppen der DDR durch die Rechtsanwälte Buchholz, Osterloh, Strahl, Wolff u. a. vor den westdeutschen politischen Strafverfolgungsorganen. In seinen weiteren Ausführun-

gen erinnerte er an die Hetze und Verleumdung von Politik und Medien gegen die NVA anlässlich des kürzlich begangenen 50. Jahrestages ihrer Gründung. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 60. Jahrestag der Deutschen Grenzpolizei/der Grenztruppen der NVA der DDR am 1. Dezember 2006 vermutet Fritz Streletz eine Verleumdungskampagne und politische Provokationen und forderte dazu auf, sich darauf einzustellen. In der weiteren Diskussion sprachen Teilnehmer über ihre persönlichen Erfahrungen mit der Justiz und den Strafverfolgungsbehörden, über konkrete Ergebnisse und Vorhaben in den Territorialen Arbeitsgruppen, über die Absicht, die Geschichte der »Grenzer« von 1946 - 1990 umfassend zu dokumentieren. In diesem Zusammenhang wurde bereits über konkrete Vorstellungen für das Jubiläumstreffen anlässlich des 60. Jahrestages am 2. Dezember 2006 informiert.

Der Vorsitzende der GRH, Hans Bauer, charakterisierte das Treffen in seinem Schlusswort als Zeichen fester Solidarität untereinander und mit den Mitgliedern befreundeter Vereine, Verbände und Organisationen als Ausdruck des Stolzes auf den Dienst in den bewaffneten Organen der DDR und der entschiedenen Zurückweisung von Verleumdungen gegen die DDR und ihre Bürger.

Auf Wunsch der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO), Bonn, veröffentlichen wir nachfolgend deren Pressemitteilung 4/2006

Seniorenverbände: Wer das Renteneintrittsalter erhöht, muss die Diskriminierung älterer Menschen im Arbeitsleben konsequent bekämpfen

Zum Tag der älteren Generation am 5. April fordert die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, Roswitha Verhülsdonk, die Politik auf, neue Wege zu gehen, um eine vorzeitige »Freisetzung« von Beschäftigten zu verhindern und ältere Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.

Sie verweist darauf, dass es in den USA und in Großbritannien nicht üblich sei, bei Bewerbungen das eigene Alter anzugeben. Auf das Mitsenden von Fotos werde ebenfalls verzichtet und anstelle eines vollständigen Lebenslaufs würden nur aktuelle Berufserfahrungen aufgelistet. Auf diese Weise könnten Ältere nicht schon bei der Vorauswahl »aussortiert« werden – jedenfalls nicht wegen ihres Lebensalters. Man müsse einmal darüber nachdenken, so die frühere Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, warum in den USA zwei Drittel und in Großbritannien immerhin noch mehr als die Hälfte der 55- bis 64jährigen arbeiten, in Deutschland dagegen nur etwa 40 Prozent.

Ein Blick in den Stellenmarkt deutscher Tages- und Wochenzeitungen genügt, um die Benachteiligung Älterer zu erkennen. »Alter zwischen Ende 20 und Ende 30« heißt es da etwa, wenn Kienbaum für einen Kunden »Vertriebsingenieure/-innen« sucht.

Der mangelnde Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ist aber nur die Spitze des Problems. Die Diskriminierung Älterer setzt sich in praktisch allen Bereichen des Arbeitslebens fort. So werden ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viel weniger in betriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen einbezogen als ihre jüngeren Kollegen. »Eine unglaubliche Dummheit«,

findet die BAGSO-Vorsitzende, »wenn man bedenkt, dass in den kommenden Jahren die Berufseinsteiger immer rarer werden.«

Neben den Unternehmen und den Tarifparteien sieht sie vor allem die Politik in der Pflicht: »Wer das Renteneintrittsalter erhöht, der muss die bestehenden Diskriminierungen konsequent bekämpfen. Sonst ist die schrittweise Erhöhung des Rentenalters nichts anderes als eine weitere Rentenkürzung.«

Diese Pressemitteilung und viele andere Informationen zur BAGSO finden Sie auf: www.bagso.de

und 60 Jahren sind. Dadurch konnte eine erhebliche Verjüngung unseres Mitgliederbestandes erreicht werden. Wie konnte dieses Ergebnis erzielt werden?

1. An der Gewinnung neuer Mitglieder waren sowohl Vorstandsmitglieder als auch Kassierer/Betreuer und andere Mitglieder beteiligt.

2. Bei den geführten persönlichen Gesprächen waren vor allem folgende Argumente für den Beitritt der Mitglieder ausschlaggebend:

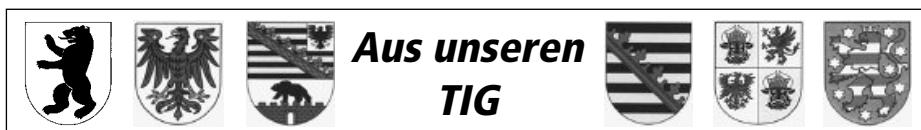
– Eine Rentenerhöhung für jetzige Rentner ist in den nächsten Jahren nicht zu erreichen. Für die zukünftigen Rentner wird deren Rente erheblich unter der jetzigen Rente liegen. Eine höhere Rente im Vergleich zur jetzigen ist nur zu erwarten, wenn es gelingt, das Rentenstrafrecht zu Fall zu bringen. Dazu ist gemeinsamer Kampf und Solidarität die wichtigste Voraussetzung.

– Alle juristischen Schritte dazu sind nur erfolgreich, wenn die Aktivitäten des Vorstandes von ISOR und der Rechtsanwälte durch weitere Initiativen tausender Mitglieder durch Petitionen, Proteste, Unterschriften u.ä. wirkungsvoll unterstützt werden. Die zahlenmäßige Stärke unseres Vereins spielt dabei eine gewichtige Rolle.

– Die notwendigen rechtlichen Schritte dazu sind u.a. auch verbunden mit erheblichen finanziellen Mitteln, die die Mitglieder durch Beiträge und Spenden aufbringen müssen. Es kann nicht sein, dass ISOR-Mitglieder das alles bezahlen und abseits stehende Betroffene die Ergebnisse des Kampfes bei Beseitigung des Rentenstrafrechts ohne finanzielle Beteiligung für sich in Anspruch nehmen. ISOR kämpft für alle Betroffenen und erwartet von allen, sich an diesem Kampf zu beteiligen.

– Solidarität bedeutet auch, sich zu seinen Lebensleistungen zu bekennen und sich den Diskriminierungen ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe zu widersetzen. Das ist auch eine Frage der Ehre und der Glaubwürdigkeit. Es ist unehrenhaft, Lügen und Verleumdungen über sich ergehen zu lassen.

Wir konnten feststellen, dass diese Argumente beim großen Teil der angesprochenen Betroffenen überzeugten und zum Beitritt geführt haben. Natürlich gab es auch Ablehnungen und Vorbehalte sowie Bedenken aus verschiedensten Gründen. Aber auch hier ist eine zukünftige Entscheidung zum Beitritt noch nicht endgültig vom Tisch. Schon jetzt konnte festgestellt werden, dass weitere Beitrittserklärungen in Vorbereitung sind und auch in diesem Jahr weitere Mitglieder unsere TIG verstärken werden. Die einstimmige Wahl des Vorstandes, die hohe Beteiligung an der neuesten Unterschriftensammlung und die personelle Stärkung erfüllen unsere Mitglieder mit Optimismus, dass der Kampf für die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts trotz aller Widerstände, wenn auch langwierig, so doch erfolgreich sein wird. **Gerhard Neupert**



Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben in **ISOR aktuell** den 50. Jahrestag der Gründung der NVA der DDR umfangreich gewürdigt. Wir bitten um Verständnis, wenn wir auf Veröffentlichungen weiterer Zuschriften zu diesem Ereignis aus Platzmangel verzichten müssen.

Wir danken den Freunden Horst Herrmann, TIG Tangerhütte, Henry Otto, TIG Ribnitz-Damgarten, Barth, Zingst, Fischland/Darß, Friedrich Busch, TIG Eggesin, Torgelow, Ückermünde, Fred Schmidt, Mitglied des Beirates und Dr. Walter Schelske, TIG Greifswald für ihre Beiträge und bitten sie, weiter zu schreiben.

Die Beiträge werden im Internet unter [www.isor-sozialverein.de/Aus_unseren TIG](http://www.isor-sozialverein.de/Aus_unseren_TIG)

veröffentlicht **Die Redaktion**



Einer schon guten Tradition folgend war das Bürgerhaus in der uckermärkischen Kreisstadt **Prenzlau** Anfang März Ort des Treffens von TIG-Vorstandsmitgliedern aus den Kreisen **Uckermark** (Brandenburg) und **Uecker-Randow** (Mecklenburg-Vorpommern). Horst Hartrampf, Mitglied des ISOR-Vorstands, informierte dabei ausführlich über erste Ergebnisse nach der Vertreterversammlung im November 2005 sowie über die nächste, nicht leichte Wegstrecke, die ISOR im 15. Jahr seines Bestehens gemeinsam mit weiteren Kräften bei der Beseitigung des Rentenunrechts noch zu bewältigen hat. »100 Tage Große Koalition« lasse bereits deutlich erkennen, dass ihre Politik den Bürgern weitere Belastungen und soziale Einschnitte bringen werde (Nullrunden für Rentner, Rente ab 67. Lebensjahr, Mehrwertsteuererhöhung u.a.). Deshalb, so Horst Hartrampf, sei der Kampf um die sozialen Grundrechte der Bürger, besonders aber der Kampf gegen weiter bestehendes Rentenstrafrecht das wichtigste Anliegen von ISOR e.V. »Es darf kein Nachlassen geben«. In diesem Zusammenhang würdigte er auch die ständige Unterstützung und

Begleitung des politischen und juristischen Kampfes von ISOR durch die Linkspartei.PDS, von deren Bundestagsfraktion auch weitere Hilfe erwartet werde. Die Gewinnung neuer Mitglieder aus rentennahen Jahrgängen und die würdige Vorbereitung des 15. Gründungsjubiläums im Juni seien Aufgaben, die ins Blickfeld der Tätigkeit der ISOR-TIG rücken. Günter Manthey (TIG Pasewalk) berichtete, dass allein in den letzten Wochen 13 Mitglieder neu aufgenommen werden konnten.

Benno Butschalowski



Die gut besuchte Mitgliederversammlung der TIG **Suhl/Meiningen/Ilmenau** Ende Februar 2006 stand im Zeichen der weiteren Umsetzung der Beschlüsse und Schlussfolgerungen der Vertreterversammlung der ISOR e.V. vom November 2005, des Berichtes des Vorstandes der TIG über die Aktivitäten und Entwicklungen unserer TIG sowie der Wahl des Vorstandes. Der Bericht des Vorsitzenden knüpfte an die Mitgliederversammlung Anfang 2005 an, auf der der Vorsitzende der ISOR e.V., Horst Parton, umfassend die Ergebnisse der außerordentlichen Vertreterversammlung vom November 2004 ausgewertet hatte. In dieser Versammlung wurde als eine der Hauptaufgaben unserer TIG die Gewinnung neuer Mitglieder zur personellen Stärkung unseres Vereins genannt. Außer den anderen vielfältigen Aktivitäten des Vorstandes, der Kassierer und Mitglieder wurde dieses Anliegen ein Schwerpunkt unserer Arbeit im vergangenen Jahr. Welche Ergebnisse wurden erzielt?

Seit der außerordentlichen Vertreterversammlung vom November 2004 wurden bis zum jetzigen Zeitpunkt in unserer TIG 38 neue Mitglieder gewonnen. Das sind fast 10 Prozent unseres damaligen Mitgliederbestandes. Hervorzuheben ist, dass es sich bei den neuen Mitgliedern um ehemalige Angehörige des MfS/AFNS handelt, die überwiegend im Alter zwischen 45

Unsere Stützpunktberatungen mit den sechs Vorsitzenden der TIG aus Vorpommern haben schon Tradition. Auf der Beratung am 21.03.06 in **Greifswald** informierte das Vorstandsmitglied Horst Hartrampf im Detail darüber, wie die in der Konzeption festgelegten politisch-juristischen Aufgaben umgesetzt und welche Ergebnisse bei der Bewältigung der §§ 6 u. 7 des AAÜG dabei bisher erreicht wurden. Der fast 15jährige Kampf gegen das Rentenstrafrecht war für viele davon Betroffenen erfolgreich. In unserem Bemühen zur vollständigen Herstellung der Wertneutralität sind aber weitere Aktivitäten notwendig. Die Beschwerden der §§ 6 u. 7 sind restlos zu überwinden. Es müssen rechtserhebliche Tatsachen geschaffen werden, um erneut zum Bundesverfassungsgericht zu gelangen. Diese bestehen in der Vorlage von Gutachten zu den Einkommensverhältnissen. An den Vorbereitungen zu diesem Problem arbeiten viele Freunde. Auf dem Wege dahin werden viele Hürden aufgebaut. Wir haben keinen Grund in unserem gerechten Kampf aufzugeben.

Die Vorstandsvorsitzenden der TIG brachten in der Diskussion zum Ausdruck, dass

- durch Mitgliedergewinnung die TIG gestärkt wurden;
- gegenwärtig die Abwicklung der E-3-Fälle im Mittelpunkt steht, es gibt in den Bescheiden Ungereimtheiten, so dass eine individuelle Begleitung durch die Rechtsgruppen notwendig ist;
- die Betreuung der kranken u. älteren Mitglieder zu verbessern ist, um den solidarischen Zusammenhalt zu festigen;
- die Nachfragen zu der Rentenbesteuerung angestiegen sind, so dass wir uns hierzu sachkundig machen müssen.

Unsere Bemühungen in eigener Sache gehen weiter.

Bruno Sudy



Zu einer ungewöhnlichen Veranstaltung wurde die turnusmäßige Mitgliederversammlung der TIG **Löbau** am 23. März. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Oberlausitz hatte unseren Vorschlag aufgegriffen und mit Beteiligung des Ortsverbandes Löbau der Linkspartei.PDS eine für die Öffentlichkeit offene Buchlesung organisiert, zu der besonders auch die Mitglieder des BRH und der Kameradschaft Ehemalige des DBWW eingeladen wurden. Nahezu 100 Personen folgten hochinteressiert den Ausführungen des ehemaligen DDR-Diplomaten Dr. Joachim Mitdank. Seine Erlebnisse als leitender Mitarbeiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, versehen mit unbestechlichen Dokumentenanlagen, hat er in seinem Buch »Berlin zwischen Ost und West« niedergeschrieben. Er war für dieses Thema prädestiniert, hat er doch im Auftrag des Außenministeriums an den Verträgen um Berlin, z.B. über das Passierscheinabkommen, mitgearbeitet und das ganze Pokerspiel der Alliierten um West-

berlin miterlebt. In seinem eindrucksvollen Vortrag führte er den Zuhörern vor Augen, dass die DDR, die für uns ein hoffnungsvoller und für viele Länder, die ihre faire Solidarität genossen haben, ein geachteter Friedensstaat war, in Wirklichkeit zum Spielball zwischen den Machtinteressen der Großmächte wurde. Und Westberlin war darin die tickende Zeitbombe der Westmächte. Dieses üble Nachkriegsgebilde, so versuchte er es in seinem Buch nachzuweisen, ist der rohstoffarmen und durch hohe Reparationsleistungen geschwächten und damit von der UdSSR völlig abhängigen DDR teuer zu stehen gekommen. Ergänzt in zahlreichen Anfragen sparte Dr. Mitdank in seinen Ausführungen die politischen und juristischen Nachwirkungen dieser Frontstadtspolitik mit der Vereinnahmung der letztendlich erdrosselten und von Gorbatschow wie eine heiße Kartoffel fallen gelassenen DDR nicht aus. Was dann als Segnungen des amerikanisch gesponserten Siegers über den Besiegten mit Hilfe der Treuhänder, der Kinkelschen Delegitimierung und der nach Gauck und Birtler benannten Behörde kam, musste den irgendwie Betroffenen nicht gesagt werden. Dr. Mitdank war selbst als mehrjähriger Botschafter in Finnland und Großbritannien/Irland bis in die jüngste Zeit Straffrentner. Solche denkwürdigen Jubiläen, wie den 50. Jahrestag der NVA, sollten wir uns trotz aller Hysterie nicht nehmen lassen und derartige Gemeinsamkeiten, wie sie in dieser Veranstaltung zum Ausdruck kommen, sollten Bestand erhalten.

Manfred Holfert



Am 9. März 2006 fand unter Leitung von Horst Hartrampf, Mitglied des Vorstandes der ISOR e.V., eine Beratung mit den Vorsitzenden der TIG aus **Waren, Stavenhagen, Neustrelitz, Malchin und Neubrandenburg** über den Stand und die bisherigen Erfahrungen bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Vertreterversammlung vom November 2005 statt. In der Aussprache verstärkte sich die Erkenntnis, dass das Vereinsleben in den TIG eine neue Qualität erreichen sollte, um die Mitglieder mehr am Vereinsleben zu interessieren, den Bedürfnissen besser zu entsprechen und dadurch auch neue Aktivitäten zu erreichen. Deshalb wurde in jüngerer Vergangenheit der Vorstand verstärkt und die Aufgaben der Vorstandsmitglieder konkreter gefasst. Das Mitglied unserer TIG im Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg wurde auch Vorstandsmitglied in unserer TIG (inzwischen wurde unser Freund Wolfgang Richter sogar Mitglied des Seniorenbeirates von M-V). Die Arbeit im Seniorenbeirat, die ja über unsere Zielstellungen zur Beseitigung des Rentenstraf- und Rentenunrechts hinausgeht, findet hohe Anerkennung. Unsere Rechtskommission stellte sich die Aufgabe, neben Rentenfragen auch Beratungen über weitere interessierte Probleme und Infoveranstaltungen durch-

zuführen bzw. zu organisieren. So fand z.B. am 29. März eine Zusammenkunft zu Fragen der Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht statt. Als Gesprächspartner standen Mitglieder der TIG zur Verfügung die durch ihre Tätigkeit als Arzt bzw. Rechtsanwalt natürlich über die entsprechende Fachkompetenz verfügen. Demnächst soll eine Infoveranstaltung folgen, die u.a. die Frage nach Notwendigkeit und Erfordernis von Versicherungen im Alter beleuchten wird. Die AG Öffentlichkeitsarbeit wird mehr als bisher mit Leserzuschriften und Stellungnahmen zu den unterschiedlichsten Fragen Stellung nehmen. In Kürze wird wahrscheinlich auch das Internetportal unserer TIG offiziell »das Licht der Welt erblicken.« Unter www.isor-nb.de werden wir Themen bearbeiten, die uns für unsere Mitglieder wichtig erscheinen, aber auch die Möglichkeit bieten, selbst Stellung zu nehmen.

Der Kontakt zu anderen Sozialverbänden und zu Parteien und Vereinen zwecks Gedankenaustausch und möglicher Verfolgung gemeinsamer Ziele hat begonnen und wird fortgeführt.

In erster Linie wird über die Kassierer/Betreuer, die eine nicht zu ersetzende Arbeit leisten, die Betreuung unserer Mitglieder verbessert. Wir wollen nicht nur Beiträge kassieren, sondern das Gespräch gezielt und nach Bedürfnis suchen und führen. Auch verschiedene Veranstaltungen werden dazu beitragen. Höhepunkte, freudiger und nicht freudiger Art, sind uns Anlass, individueller zu handeln. Den Mitgliedern unserer TIG, die ihren Ehrendienst in der NVA der DDR geleistet haben, haben wir zum 50. Jahrestag der Volksarmee einen schriftlichen und einen Blumengruß übersandt. Mit dem Glückwunsch zum Jubiläumsjahrestag verbanden wir den Dank für die Beibehaltung der Mitgliedschaft und die Arbeit in ISOR e.V.

Wir sind der Auffassung, dass diese Art des Erfahrungsaustausches mit dem Mitglied des Vorstands Horst Hartrampf, die seit Jahren stattfindet, auch dem unmittelbaren Erfahrungsaustausch zwischen den TIG und dem Zusammengehörigkeitsgefühl der benachbarten TIG dient.

Rainer Baldauf

Aus der Postmappe:

Unser Freund Helfgott Fritz aus der TIG Berlin-Köpenick bedankt sich mit einer Spende von 150 Euro für die solidarische Unterstützung der ISOR e.V. im Kampf um die (teilweise) Abschaffung der E-3-Straffrenten – von der er auch betroffen war. Er wünscht uns allen viel Erfolg im weiteren Kampf um die endgültige Beseitigung der Straffrenten.



Ich gehöre zu den Mitgliedern, die sich seit Jahren vehement gegen das Rentenstrafrecht wehren.

➤ Fortsetzung auf Seite 5

➤ Fortsetzung von Seite 4

Den Hinweis in **ISOR aktuell** 11/05 schrieb ich ab und sandte ihn an Frau BIRTHLER. Da ich keine Antwort erhielt, mahnte ich diese an und erhielt am 13.01.06 eine Eingangsbestätigung. An das Bundesverwaltungsamt schrieb ich am 04.01.06. Die ausbleibende Antwort mahnte ich am 17.02. an. Darauf erhielt ich Antwort am 01.03. ... Ich habe geschrieben an die Bundeskanzlerin, Herrn Schäuble, Herrn Müntefering und an den Petitionsausschuss. Bisher ohne Antwort.

1995 erhielt ich von Herrn Rudolf Dreßler den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion Drucksache 13/1542 vom 31.05.95, in welchem es hieß: »Auch für Angehörige des Sondersversorgungssystems der Mitarbeiter des MfS soll,

dem Prinzip der Trennung von Straf- und Sozialrecht folgend, die Entgeltbegrenzung aufgehoben werden.«

43 Abgeordnete hatten diesen Gesetzentwurf unterschrieben, von denen noch folgende dem 16. Bundestag angehören: Doris Barnett, Otmar Schreiner, Gerd Anders, Rolf Schwanitz, Jörg-Otto Spiller, Ernst Bahr und Hans-J. Hacker. Am 25.02.06 habe ich alle an ihre damalige Meinung erinnert.

Herr Bahr antwortete mir, er habe mein Schreiben mit Interesse gelesen und es an den dafür zuständigen Abgeordneten Andreas Weigel aus meinem Wahlkreis Zwickauer Land weitergeleitet. Es wird mir eine Freude sein, mich mit dem Abgeordneten Weigel, seit 2002 im Bundestag, zu unterhalten.

Inge Konrad, Hartenstein

Warum muss der Palast weg? fragt unsere Leserin **Ursula Keller** und beantwortet uns die Frage wie folgt:

Unser Palast!

*Hallo Marina, wir laden Euch ein,
im Palast wieder zusammen zu sein!
Wir treffen uns morgen, wie eh und jeh,
unter der »Gläsernen Blume« – im Foyer
Wir machen Bowling und essen Eis,
alle sind glücklich und jeder weiß,
hier ist man immer gut bedient,
das Haus des Volkes es verdient –
zu sagen, es war wirklich Klasse,
begeistert war die große Masse!
Warum soll er weg – völlig unklar,
na ja, weil es das »Haus des Volkes« war!*

(Uns erreichte die Mitteilung, dass Ursula Keller leider am 2. März verstorben ist)

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 99. Geburtstag:

Else Berndt, Bln.-Fr'felde

zum 93. Geburtstag:

Alfred Becker, Bln.-Friedr'hain

zum 92. Geburtstag:

Kurt Koch, Suhl

Elly Wachs, Erfurt

zum 91. Geburtstag:

Elfriede Ache, Suhl

Willi Michel, Pdm.-Zentrum

zum 87. Geburtstag:

Fritz Thon, Erfurt

zum 86. Geburtstag:

Margarete Callmuth, Bln.-Mitte

Charlotte Diebelt, Leipzig

Paul Greiling, Mühlhausen

Lieselotte Halemba, Frankfurt/O

Gertrud König, Görlitz

Margarethe Püttker, Magdeburg

Karl Schleicher, Leipzig

Kurt Schulze, Güstrow

Heinz Sievert, Bln.-Lichtenberg

Siegfried Weber, Bln.-Weißensee

zum 85. Geburtstag:

Georg Apel, Schwedt

Gerhard Büttner, Marienberg

Werner Engel, Eisenh'stadt

Johanna Galke, Frankfurt/O

Bruno Henning, Bln.-Hh'n.

Elisabeth Hofmann, Freital

Heinz Leube, Bln.-Heinersdorf

Meta Lüddecke, Magdeburg

Willi Pächer, Chemnitz

Erich Range, Rostock

Willi Winkler, Halle

Werner Zingelmann,

Neubrandenburg

Unser Freund

Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.,

wird am 1. April 70 Jahre.

Wir gratulieren sehr herzlich und danken für seine langjährige Arbeit zum Wohl unserer Gemeinschaft.

Der Vorstand

zum 80. Geburtstag:

Dr. Harry Bochmann, Bln.-Marzahn

Eberhard Brabandt, Bln.-Marzahn

Horst Brandenburg, Bln.-Marzahn

Ilse Brockhusen, Strausberg

Margit Buse, Erfurt

Günter Dück, Bln.-Köpenick

Karl Goth, Oranienburg

Charlotte Grahl, Bln.-Mitte

Kurt Grüneberg, Frankfurt/O

Fritz Karl, Sonneberg/Neuhaus

Ruth Kimm, Bln.-Li'berg

Werner Kindler, Radebeul

Fritz Klotz, Hoyerswerda

Edith Jakubowski, Frankfurt/O

Erika Lubin, Pdm.-Kirchsteigfeld

Hans Mohr, Potsdam/Waldstadt

Reinhard Müller, Bln.-Fr'hain

Heinz Pohlmann, Schwedt

Heinz Rachow, Leipzig

Karl-Heinz Richter, Oschatz

Wally Sahre, Dresden

Ruth Schaller, Frankfurt/O

Erich Schippel, Suhl

Käthe Thode, Bln.-Prenzl.Bg.

Arnim Ullrich, Potsdam-Stern

Ernst Utesch, Ribnitz-Damgarten

Kurt Vohs, Rostock

Ernst Wagner, Cottbus

Anneliese Wille, Schönebeck

Willi Wollny, Bln.-Fr'hain

Ursula Zorn, Leipzig

zum 75. Geburtstag:

Martin Albrecht, Bln.-Fr'hain

Jens Barth, Schwarzenb./Aue

Stefanie Berger, Bestensee

Harry Bergmann, Bln.-Mitte

Ernst Bötzel, Nordhausen

Walter Brosowski, Rostock

Helmut Bühler, Bln.-Marzahn

Ursula Conrad, Bln.-Prenzl.Bg.

Herbert Dey, Schwerin

Werner Dittrich, Pirna

Horst Dreßler, Bln.-Hellersdorf

Kurt Ehmke, Schwerin

Werner Fritsch, Cottbus

Fredi Fritzsche, Hohndorf

Marlis Fromm, Bln.-Marzahn

Ruth Grabow, Frankfurt/O

Harry Graul, Suhl

Wilfried Görsch, Bln.-Li'berg

Günter Gräbner, Greifswald

Karl Halbritter, Aschersl./Staßf.

Siegfried Hanke, Bln.-Marzahn

Walter Haubold, Chemnitz

Johannes Hecht, Leipzig

Rita Heinecke, Magdeburg

Lothar Höth, Bln.-Fr'felde

Regina Hüttner, Kartzow

Inge Ihlenfeld, Bln.-Treptow

Christa Irmischer, Stralsund

Horst Just, Bln.-Treptow

Herbert Kämpfer, Schmalkalden

Inge Kempe, Bln.-Li'berg

Arnd Kirst, Gera

Joachim Kluge, Pdm.-Stern

Eduard Koch, Senftenberg

Alfred Koschig, Schwerin

Günter Kralisch, Schwerin

Siegfried Kuhla, Wildau

Anita Kühling, Weißenfels

Christa Kühne, Bln.-Treptow

Walter Langzettl, Frankfurt/O

Heinz Lestin, Bln.-Fr'felde

Günter Liebenow, Frankfurt/O

Harry Linde, Chemnitz

Heinz Lindner, Chemnitz

Willi Lips, Finsterwalde

Heinz Mahrhold, Erfurt

Ludwig Meinhold, Rothenburg

Heinz Meyer, Schwerin

Ingeborg Mengel, Zeitz

Walter Möder, Neubrandenburg

Werner Müller, Bln.-Pankow

Willy Müller, Binz

Gisela Münnich, Bln.-Fr'felde

Erika Neff, Bln.-Treptow

Willy Neumann, Karlshagen

Alfred Nickmann, Cottbus

Wolfgang Oettel, Leipzig

Anneliese Piller, Eichwalde

Josef Rauch, Bln.-Marzahn

Hella Reichel, Bln.-Hh'n.

Gerhard Reifhardt, Erfurt

Jutta Reißmann, Bln.-Hellersdorf

Christa Renn, Sonneberg/Neuhaus

Werner Schäfer, Strausberg

Erwin Schmidt, Breitenungen

Hans Schröter, Bln.-Fr'hain

Gottfried Schubert, Bln.-Li'berg

Heinz Schulz, Stavenhagen

Hildegard Schuster, Bln.-Li'berg

Joachim Seuß, Leipzig

Ingrid Sokolowski, Frankfurt/O

Paul Stuchly, Leipzig

Johannes William, Rostock

Hubertus Witteborn, Pdm.-Kirchst.

Vera Woltersdorf, Fürstenwalde

Tilla Wunder, Gera

Auf dem Büchermarkt:

Ganz aktuell:

Heinz D. Stuckmann »**Verdammte Kommunisten – Die Bekenntnisse des IM »Dietrich«**«, Journalist für »Die Zeit« und »Der Stern«, Direktor der »Kölner Schule – Institut für Publizistik e.V.« und 16 Jahre IM des MfS/ HVA über seine Erfahrungen der deutsch-deutschen Konfrontation und der Herstellung der Einheit. Kai Homelius Verlag Edition Zeitgeschichte Band 33; SBN 3-89706-861-3; Preis: 19,90 Euro
Bestellung:
Tel.: 030-28 38 85 10 / Fax: 030-28 38 85 18



Gotthold Schramm (Herausgeber) »**Der Botenschaftsflüchtling und andere Agentenschichten**« mit einem Geleitwort von Markus Wolf und Werner Großmann. Individuelle Geschichten ehemaliger Kundschafter des MfS/ HVA. edition ost, 224 Seiten, broschiert, ISBN: 3-360-01074-4 – Preis 14,90 Euro



Peter Pfütze »**Besuchszeit – Westdiplomaten in besonderer Mission**« Erinnerungen an die Kooperation von Mitarbeitern westlicher diplomatischer Missionen mit dem MfS bei der Betreuung von U-Häftlingen ihrer Staaten in der DDR. edition ost, 256 Seiten, broschiert; ISBN: 3-360-01073-6 – Preis 14,90 Euro
Bestellungen zu 2. u. 3.:
Tel.: 01805-30 99 99 / Fax: 0185-35 35 42



Publikation/Dokumentation aus Anlass des MfS-Jahrestages. Interviews mit G. Neiber und W. Opitz – Arbeit mit IM, die Akten bei Frau Birthler, die »Zentrale Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen«, die Strafverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern in der DDR, die Akten des »Gegners«, zum Rentenstrafrecht, die Rehabilitierung des KGU-Terroristen Burianek u. a.
Vertrieb: »Rote Fahne« Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin Tel.: 030-9 82 19 30
Fax: 030-97 89 66 69 broschiert, 80 Seiten, Preis: 3,60 Euro zzgl. Versandkosten – möglichst Sammelbestellungen

Achtung Philatelisten!

Unser Freund Guntram König aus Paulsdorf teilt mit: In Kürze erscheint der »**Katalog zur Bewertung von Belegen der bewaffneten Kräfte der DDR**«. Er enthält auf 530 Seiten alle bisher bekannten philatelistischen Sammelstücke mit Bezug auf die bewaffneten Organe der DDR.

Zu beziehen beim Herausgeber:
Guntram König
Am Mühlfeld 2, 01744 Paulsdorf
Tel.: 03504 - 616393
zum Preis von 50 Euro.

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. lädt zu einer Auftaktveranstaltung mit Diskussion über sozial-ökonomische Themen mit Dr. oec. habil. Ulrich Busch ein.

Thema: Bedingungsloses Grundeinkommen – linksliberales Konzept oder sozial-romantische Utopie?

Moderation: Prof. Dr. sc. Jörg Roesler
Termin: Mittwoch, 03. Mai 2006, 18.30 Uhr
Ort: Geschäftsstelle der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde GBM e.V., Weitlingstraße 89, 10317 Berlin

Von Mitglied zu Mitglied:

Einladung zum 50. Jahrestag der Gründung der 9. PD der NVA im September 2006 in Eggesin. Das Vorbereitungskomitee bittet ehemalige Angehörige, sich bei Interesse bis zum 30.04.2006 an folgende Telefon-Nr. zu wenden: 03976-203568 oder 039779-20635



Sie möchten entspannen? Natur pur – biete zwei gemütliche FW in **Unterweißbach/Thüringen**, 100 m bis zur Talsperre Leibis. Tel./Fax.: 03 67 30-22785;
www.urlaub-unterweisbach.de



Hotel-Pension in der **Lausitz**, Naturschutz- und Teichgebiet – 7 ÜN/HP – 203 Euro Grillabend, Fahrräder incl.; Tel. 03 58 94-3 0470 [www.pension-weiser.de \(.com\)](http://www.pension-weiser.de (.com))



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



WILLI BÄNECKE, Magdeburg
GERHARD ENDREJAT, Leipzig
ANNELIES ENKE, Bln.-Li'berg
NORBERT FIEDLER, Suhl
SIEGFRIED FLEISCHHACK, Suhl
EDELTRAUD FREESE, Bln.-Weißensee
IRMGARD GOLDHAHN, Leipzig
WALTER KUMMER, Suhl
GÜNTER GRUBE, Pdm.-Golm
JOACHIM HESSE, Bln.-Treptow
GERHARD JENTSCH, Bln.-Weißensee
URSULA KELLER, Erkner
REINHARD KLEMENT, Pdm.-Hubertusdamm
DR. HANS-PETER KLÖSEL, Burgkennitz
BERND KOTSCHENREUTHER, Themar
KARL KRÖGER, Bützow
WERNER LEHMANN, Bischofswerda
THEO LUDWIG, Schwerin
URSULA MITTELSTÄDT, Bln.-Marzahn
HELMUT MÜLLER, Bln.-Fr'felde
WERNER MÜNZNER, Chemnitz
FELICITAS NEBRIG, Strausberg
WILFRIED NEUMANN, Cottbus
CHRISTA PFLÜGNER, Bln.-Li'berg
KLAUS REINHARDT, Sondershausen
MANFRED RODE, Bln.-Hhsn.
WOLFGANG RÖHLIG, Bln.-Hhsn.
KARIN SCHIHETZKI, Bln.-Marzahn
KURT SCHOLZ, Bernau
JOHANNES SEIDEL, Chemnitz
GÜNTER STABENOW, Bischofrode
KARL STEMMLER, Halle
BRUNO STINGL, Bln.-Hellersdorf
ROLAND STÖCKER, Schleiz
MANFRED WEHMANN, Bln.-Hellersdorf
HANS WENZEL, Bln.-Köpenick

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 29.03.2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.04.2006

Einstellung im Internet: 05.05.2006

Auslieferung: 11.05.2006

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Donnerstags von 15 bis 18 Uhr